

Stand: 22.01.2026 23:10:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4316

"Raus aus dem Verbrenner-Aus - Aufschub und Aufhebung der Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO2-Flottengrenzwerte"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4316 vom 10.12.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 12.12.2024
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5115 des WI vom 23.01.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 27.02.2025
5. Beschluss des Plenums 19/5745 vom 11.03.2025
6. Plenarprotokoll Nr. 44 vom 11.03.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christoph Maier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Raus aus dem Verbrenner-Aus – Aufschub und Aufhebung der Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO₂-Flottengrenzwerte

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf EU- und Bundesebene für einen Aufschub auf das Jahr 2027 und eine grundsätzliche Aufhebung der Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO₂-Flottengrenzwerte einzusetzen.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die CO₂-Intensität von Antriebsträngen in allen legislativen, exekutiven und judikativen Zwecken nach dem Well-to-Wheel-Prinzip und über den gesamten Lebenszyklus berechnet wird.

Begründung:

Das von CSU/CDU forcierte Verbrennerverbot (Verordnung (EU) 2023/851) greift nicht erst ab 2035. Bereits ab 2023 müssen die CO₂-Flottengrenzwerte für die Fahrzeuge der europäischen Autoindustrie schrittweise reduziert werden. Bereits bis 2025 muss der CO₂-Ausstoß eines Fahrzeugs im Durchschnitt bei 93,6 g CO₂/km liegen, was eine Reduktion um 15 Prozent von derzeit 115,1 g CO₂/km darstellt. Bis 2030 muss dieser Wert um 55 Prozent auf 49,5 g CO₂/km weiter sinken. Angesichts dieser dramatischen Vorgaben drohen den deutschen Automobilherstellern und ihren Zulieferern Milliardenstrafen, wenn sie die festgelegten CO₂-Grenzen nicht einhalten können. Für die Nichteinhaltung der Vorgaben drohen der Branche laut einem internen Papier der europäischen Autoindustrie Strafzahlungen in Höhe von 16 Mrd. Euro.

Das perfide an dieser Entwicklung ist, dass die CO₂-Emissionen nach dem sogenannten Tank-to-Wheel-Prinzip gemessen werden, was die einseitige elektroauto-fixierte Agenda der Grünen begünstigt. Dies führt jedoch zu einer gravierenden Verzerrung der tatsächlichen CO₂-Bilanz von Fahrzeugen: Elektroautos (31 t CO₂), Wasserstoffautos (43 t CO₂) und Fahrzeuge mit synthetischen Kraftstoffen (37 t CO₂) stoßen im gesamten Lebenszyklus nach dem Well-to-Wheel-Prinzip mehr CO₂ aus als herkömmliche Verbrenner oder Hybrid (29 t CO₂). Nur so lässt sich die wahre CO₂-Bilanz der verschiedenen Antriebstechnologien ermitteln und eine gerechte Vergleichbarkeit herstellen.

Die Autoindustrie sieht sich aufgrund dieser Vorgaben gezwungen, drastische Maßnahmen zu ergreifen. Das o. g. interne Dokument des europäischen Automobilverbands (ACEA) warnt, dass die Industrie gezwungen sein könnte, die Produktion von mehr als zwei Mio. Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren zu stoppen, was dem Produktionsoutput von acht Fabriken entspricht. Diese Maßnahme würde Millionen Arbeitsplätze gefährden und das wirtschaftliche Rückgrat der deutschen Automobilbranche, insbesondere in Bayern, erschüttern.

Bereits zwischen Januar 2022 und November 2024 waren 14 000 Arbeitsplätze in der bayerischen Automobilindustrie aufgrund der drohenden Strafzahlungen und Produktionsverlagerungen gefährdet. In ganz Bayern stehen insgesamt 180 000 hochbezahlte Industriearbeitsplätze auf der Kippe – Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt von der Fertigung von traditionellen Antriebsträngen abhängen.

Die bayerischen Automobilunternehmen sind besonders betroffen: BMW und Audi liegen mit ihren durchschnittlichen CO₂-Werten von 106 g CO₂/km bzw. 123 g CO₂/km deutlich über den erlaubten Flottengrenzwerten für 2025. Sollte dies so weitergehen, drohen nicht nur extreme Strafzahlungen, sondern auch massive Produktionsstillstände und Arbeitsplatzverluste.

Die deutschen Bürger haben deutlich gemacht, dass sie keine Elektroautos wollen. Die Neuzulassungen von Elektrofahrzeugen sind von 104 000 im Dezember 2022 auf 36 000 im Oktober 2024 eingebrochen. Fast jeder neunte in Deutschland neuzugelassene Pkw enthält einen Verbrennungsmotor. Jüngste Umfragen zeigen, dass 61 Prozent der Deutschen bis 2035 einen neuen Verbrenner kaufen wollen und 73 Prozent ihre Diesel- oder Benzinfahrzeuge auch nach 2035 weiterfahren möchten.

Der Aufsichtsratsvorsitzende von Volkswagen, Hans Dieter Pötsch, hat bereits öffentlich eine Verschiebung der CO₂-Grenzwerte gefordert. Auch der Verband der Automobilindustrie (VDA) drängt auf eine frühere Überprüfung der Machbarkeit der EU-Vorgaben. Die EU-Kommission hat das Recht in Anbetracht dieser dramatischen Lage, den Notfallartikel zu aktivieren und die Einführung der schärferen Klimavorgaben um zwei Jahre verschieben.

Selbst die SPD-geführte Landesregierung des Saarlandes hat am 22. November 2024 einen Entschließungsantrag im Bundesrat eingebracht, um Strafzahlungen für die Autoindustrie zu verhindern. Die bayerische Staatsregierung sollte sich diesem Appell anschließen und auf allen Ebenen dafür kämpfen, dass die geplanten Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO₂-Flottengrenzwerte 2025 ausgesetzt werden.

Präsidentin Ilse Aigner: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/4316 und 19/4317 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Weihnachts- und Neujahrswünsche

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir jetzt am Ende dieser Sitzung, in der vorweihnachtlichen Zeit – von "staader Zeit" kann man vielleicht noch nicht unbedingt sprechen. Aber umso mehr möchte ich mich gleich zu Beginn ganz herzlich bedanken für viel Arbeit, die hier im Hause geleistet wurde. Ich danke als Allererstes den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Amt, in den Fraktionen, in den Abgeordnetenbüros und in den Ministerien für ihre unglaubliche Unterstützung, die sie uns angedeihen lassen. Vielen herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Ich bedanke mich bei der Landtagspresse und den Medien. Ganz besonders bedanke ich mich bei der Polizei und den Rettungsdiensten, übrigens auch stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen, die gerade während Weihnachten und über die Tage ihren Dienst tun, damit die Menschen in Bayern sicher leben können. Auch dafür ein herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bedanke mich sehr herzlich bei unseren Diensten, die unsere Sitzungen hier im Plenum, in den Ausschüssen und in allen Gremien immer perfekt vorbereiten und betreuen. Auch dafür ein herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bedanke mich bei den Offiziantinnen und Offizianten, die immer schauen, dass es uns gut geht. Auch dafür ein herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm,
Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 19/4316

**Raus aus dem Verbrenner-Aus - Aufschub und Aufhebung der Strafzahlungen
für die Nichteinhaltung der CO2-Frottengrenzwerte**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Oskar Lipp**
Mitberichterstatter: **Markus Saller**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 21. Sitzung am 23. Januar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint das ganze Haus zu sein. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beide Male keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Im Hinblick auf die beiden Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl eines Vizepräsidenten und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Über den Antrag der AfD-Fraktion soll gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, SPD und GRÜNE. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die Europaangelegenheiten und die
nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt
wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt
Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge – Evaluierung
13.12.2024 - 07.03.2025
Drs. 19/4684, 19/5181

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europa-
angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5181
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



ENTH



ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde
zu legen.

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Wettbewerb

Staatliche Beihilfen im Luftverkehr – Leitlinien der Kommission für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften (Überarbeitung)

11.12.2024 - 05.03.2025

Drs. 19/4686, 19/5185

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5185 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU**FREIE
WÄHLER****AfD****GRÜ****SPD** ENTH ohneDie SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.**Anträge**

3. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
-
- Bürokratiefreies Bayern: Handwerksbetriebe und Privatpersonen von der Nachweispflicht für die Entsorgung von Altfenstern befreien
-
- Drs. 19/3921, 19/4980 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU**FREIE
WÄHLER****AfD****GRÜ****SPD**

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Boni-Zahlungen an DB-Vorstand verhindern!
Drs. 19/3952, 19/5017 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausbau der Energieinfrastruktur beschleunigen und Grundversorgung sichern: Verbandsklagerecht einschränken
Drs. 19/3957, 19/5112 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bayerische Automobilindustrie und Biospritbranche retten:
Ausnahme für Biokraftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot
Drs. 19/4020, 19/5114 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Zur Erleichterung der Ausweisung von straffälligen Ausländern und Versagung der Anerkennung als Flüchtling
Drs. 19/4113, 19/5095 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Alpenbiotopkartierung aktualisieren!
Drs. 19/4123, 19/4981 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU Keine Apotheken ohne Apotheker – Arzneimittelsicherheit nicht gefährden
Drs. 19/4157, 19/5008 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Busfahrpersonal: Maßnahmen gegen die Personalkrise – Reduktion der Führerscheinpflichtstunden
Drs. 19/4158, 19/5089 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anerkennung ausländischer Ärztinnen und Ärzte beschleunigen
Drs. 19/4189, 19/5010 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,
Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU
Stärkung der kinder- und jugendärztlichen Versorgung in Bayern
Drs. 19/4247, 19/5011 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,
Martin Böhm, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Raus aus dem Verbrenner-Aus – Aufschub und Aufhebung der
Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO₂-Flottengrenzwerte
Drs. 19/4316, 19/5115 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier,
Kerstin Schreyer, Thomas Holz u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hotels sind keine Parkhäuser – Übertragung von
Beherbergungsbetrieben in der Erbschafts- und Schenkungsteuer
Drs. 19/4386, 19/5009 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken I:
Betriebspraktikum an allen Schulartern verpflichtend einführen
Drs. 19/4424, 19/5012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken II:
Schulsozialarbeit an allen beruflichen Schulen etablieren!
Drs. 19/4425, 19/5013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken III:
Berufliche Schulen in das Startchancen-Programm aufnehmen
Drs. 19/4426, 19/5014 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken IV:
Erasmus+ an beruflichen Schulen ausbauen
Drs. 19/4427, 19/5015 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken V: Digitale Infrastruktur ausbauen
Drs. 19/4428, 19/5016 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Brandenburg –
sofortige Schutzmaßnahmen ergreifen
Drs. 19/4552, 19/4982 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

21. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer,
Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stilllegungswelle von Biogasanlagen verhindern
Drs. 19/4572, 19/5116 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--	--------------------------

22. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Daniel Artmann,
Jürgen Baumgärtner u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Belange der Menschen vor Ort und der betroffenen Kommunen
beim Brenner-Nordzulauf berücksichtigen
Drs. 19/4577, 19/5090 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	----------------------------	--

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer,
Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Sozial- und Lohn-Dumping darf im Freistaat nicht Schule machen!
Drs. 19/4678, 19/5117 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christoph Maier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Drs. 19/4316, 19/5115

Raus aus dem Verbrenner-Aus – Aufschub und Aufhebung der Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO₂-Flottengrenzwerte

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Oskar Lipp

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Markus Saller

Abg. Florian von Brunn

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Richard Graupner u. a. und Fraktion (AfD)

Raus aus dem Verbrenner-Aus - Aufschub und Aufhebung der Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO2-Flottengrenzwerte (Drs. 19/4316)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Oskar Lipp für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Bayern steht an einem Wendepunkt. Die wirtschaftliche Substanz unseres Freistaates wird durch ideologisch getriebene Fehlentscheidungen zerstört. CSU und FREIE WÄHLER haben unsere Industrie und unseren Mittelstand mit ihrer opportunistischen Politik in eine Sackgasse manövriert. Die Folgen: Arbeitsplatzabbau, Werkschließungen und Abwanderung. Doch die negativen Folgen des Verbrennerverbots sind eben kein Zukunftsszenario, sie sind leider bereits Realität.

(Beifall bei der AfD)

Die EU und ihre Komplizen in Berlin und München haben ein CO₂-Strafsystem installiert, das bereits ab 2025 milliardenschwere Zahlungen für deutsche Autobauer vorsieht. BMW, Audi und Co. werden mit horrenden Summen bestraft, weil sie Fahrzeuge herstellen, die von den Bürgern gewollt und auch gekauft werden. Für jedes überschrittene Gramm CO₂ über den erlaubten Durchschnitt von circa 94 Gramm pro Kilometer hinaus müssen 95 Euro pro verkauftem Fahrzeug an die EU gezahlt werden. Das bedeutet Arbeitsplatzvernichtung auch in Bayern. Allein bei Audi in Ingolstadt, in meiner Heimatregion, werden 9.000 Stellen gestrichen. Ein wirtschaftlicher

Kahlschlag droht, weil die Regierung ideologisch verblendet ist und auf EU-Ebene weiterhin an ihrem gescheiterten Green Deal festhält.

Was macht Markus Söder? – Plötzlich entdeckt er seine Liebe zum Verbrennungsmotor wieder. Dieselbe CSU, die unter Ursula von der Leyen das EU-Verbrennerverbot mitgetragen hat, gibt sich nun als Retter der Automobilindustrie. Das ist ein reines Hütchenspiel, meine Damen und Herren. Denn während man die Strafzahlungen jetzt erst ab 2027 verhängen will, bleibt der ruinöse CO₂-Fahrplan weiterhin bestehen. Aufgeschoben ist eben nicht aufgehoben.

(Beifall bei der AfD)

Die Wahrheit ist: Die Ampelkoalition und die Union betreiben politische Selbstzerstörung, und Bayern zahlt am Schluss die Rechnung. Doch es kommt noch schlimmer: Während man der deutschen Industrie CO₂-Strafzahlungen aufbrummt, werden militärische Emissionen von den Klimazielen ausgenommen. Ein Vergleich macht es deutlich: Ein Audi A4 2,0 TDI produziert circa 13 Kilogramm CO₂ auf 100 Kilometer. Ein Leopard-2-Panzer dagegen im schweren Gelände produziert 1.400 Kilogramm CO₂ auf derselben Strecke. Das ist das Einhundertfache, meine Damen und Herren. Trotzdem soll die deutsche Autoindustrie für minimalste Abweichungen Milliarden zahlen, während die Bundesregierung 500 Milliarden Euro in neue Waffen investiert. Das zeigt: Hier geht es eben nicht um den Klimaschutz, sondern um Kontrolle und wirtschaftliche Zerstörung.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD sind die einzige Partei, die für eine echte wirtschaftliche Kehrtwende steht, nämlich erstens für die sofortige Abschaffung des Verbrennerverbots und der CO₂-Bepreisung, zweitens für echte Technologiefreiheit statt planwirtschaftlicher E-Mobilität, drittens für die Wiederinbetriebnahme unserer Kernkraftwerke für bezahlbare und verlässliche Energie, viertens für die Rückkehr zu einer Politik, die sich am Wohlstand

unseres Volkes orientiert und nicht an ideologischen Luftschlössern. Und vor allem: Kein Umbau unserer Wirtschaft zur Kriegswirtschaft. Denn, meine Damen und Herren, Bayern braucht keine grüne Planwirtschaft. Bayern braucht wirtschaftlichen Erfolg, Innovation und Arbeitsplätze. Wir haben die Wahl: Weiter in die Deindustrialisierung oder in eine Zukunft mit Wohlstand und echter wirtschaftlicher Freiheit? Die AfD steht bereit, Bayern auf diesen Weg zurückzuführen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kerstin Schreyer für die CSU-Fraktion.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es beim Tagesordnungspunkt vorher auch schon besprochen: Bayern ist das Autoland. Wenn bei uns die Autoindustrie nicht funktioniert, dann geht es auch Bayern schlecht. Egal, ob Audi, BMW oder MAN – die Branche hat circa 1.100 Unternehmen. Es kommen rund 7.000 Kfz-Betriebe dazu. 450.000 Bayerinnen und Bayern arbeiten also in der Fahrzeug- und Zulieferindustrie. Man kann in dem Fall sagen: Die Automobilindustrie ist die bayerische Leitökonomie. Deswegen ist es wichtig, dass wir sie hochziehen.

Außerdem ist in diesem Zusammenhang wichtig: Wir befinden uns in einem Transformationsprozess. Transformation ist an sich nichts Schlechtes, sondern etwas ganz Normales. Wir müssen überlegen, wie wir den Unternehmen in ihren Chancenfeldern helfen, dass sie ihre Chancen optimal nutzen können.

Dieser Dringlichkeitsantrag berührt auch das Thema Klimaschutz. Deswegen möchte ich an dieser Stelle verdeutlichen: Das Ziel muss sein, bis zum Jahr 2045 die Klimaneutralität hinzubekommen. Man muss dies aber ohne Schaum vor dem Mund und ohne Dogmatismus tun, sondern immer in der Abwägung dessen, was realistisch machbar ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Toni Schuberl (GRÜNE): Bis 2040 in Bayern! – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Die AfD leugnet den Klimawandel. Es ist immer wieder erschreckend: Man muss die Klimawissenschaftler nur anhören. Dann weiß man auch, was Sache ist. Man kann aber auch mit offenen Augen durch die Welt gehen. Wenn man die Flutkatastrophen bei uns in Bayern allein im Mai 2024 oder die Zerstörung der Bobbahn in Berchtesgaden im Jahr 2021 sieht oder die Trockenperioden in Franken mitbekommt, dann weiß man, dass wir auch in Bayern einen Klimawandel haben und wir etwas tun müssen. Angesichts all dessen den Klimawandel weiterhin gänzlich zu leugnen, ist nicht nur schändlich, sondern auch ein Vergehen an der nächsten Generation. Wir müssen diese Fragen angehen. Ich glaube, dass wir gut beraten sind, dies so zu tun, wie wir es in Bayern tun.

(Beifall bei der CSU)

Es ist aber das Problem mit der AfD: Egal, welche sinnvollen Lösungen vorgebracht werden, die AfD ist immer nur dagegen.

(Zuruf des Abgeordneten Oskar Lipp (AfD))

Es ist spannend, warum heute wieder dieser Dringlichkeitsantrag kommt. Ich sage Ihnen, warum es spannend ist.

Zu dem, was Sie fordern, ist die Bayerische Staatsregierung bereits im letzten Jahr aktiv geworden. Sie ist aktiv geworden und hat gesagt: Wir wollen bewusst schauen, wie wir in der Situation etwas ändern können. Sie hat reagiert. All das, was Sie fordern, ist bereits umgesetzt. Der Kollege Saller hat das vorhin auch schon ausgeführt. Auf Initiative der Bayerischen Staatsregierung hat sich in Europa etwas bewegt. Das muss man sehen. Das liegt daran, dass Sie von der AfD monatelang zu spät sind. Wenn Sie dieses Thema heute finden, dann ist das zwar schön. Die Bayerische

Staatsregierung und die beiden Regierungsfraktionen waren aber einfach sieben Monate schneller und sind die Probleme bereits angegangen.

Wir müssen aber die Sorgen und Nöte schon ernst nehmen. Es gibt viele Menschen in der Automobilindustrie, denen es nicht gut geht und die Sorge haben. Deswegen lautet die Frage durchaus, wie wir ideologiefrei und offen für alle Technologien unseren Weg gehen können. Nachdem der Kollege Lipp vorhin auch das Wort "ideologiefrei" benutzt hat, musste ich ein bisschen schmunzeln; denn "ideologiefrei" und AfD passt aus meiner Sicht nicht zusammen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Man sieht, wie viele Unternehmen in Bayern betroffen sind. Wir haben vorhin von Ingolstadt und Schweinfurt gehört. Das sind Regionen, in denen es die Menschen umtreibt. Genau deswegen ist es wichtig, dass wir genau die Dinge tun, die wir tun. Die bayerische Leitökonomie müssen wir nach oben ziehen. Wir müssen es schaffen, dass die Folgen abgemildert werden, soweit dies in unserer Macht steht. Ich bin zuversichtlich, dass die neue Bundesregierung in der Lage ist, die Weichen richtig zu stellen. Die alte Bundesregierung war in dieser und in vielerlei anderer Hinsicht leider ein Totalausfall.

Alles in allem: Die Anliegen, die die AfD in ihrem Dringlichkeitsantrag vorbringt, sind alle schon auf den Weg gebracht. Sie sind alle schon von der Staatsregierung und den regierenden Fraktionen bearbeitet und organisiert. Wenn die AfD sieben Monate zu spät kommt, dann ist das dem geschuldet, dass sie an den Themen im Gegensatz zu allen anderen Parteien nicht dicht dran ist. Ich glaube, an der Stelle sagen zu können: Es braucht diesen Dringlichkeitsantrag nicht, wie es die AfD auch nicht braucht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächste spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Barbara Fuchs.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute im Plenum einen Dinglichkeitsantrag, der bereits im Wirtschaftsausschuss ausführlich besprochen wurde. Noch dazu ist dieser Dinglichkeitsantrag längst überholt, wie die Kollegin Kerstin Schreyer das soeben richtig ausgeführt hat.

Die EU-Kommission hat in der letzten Woche bereits beschlossen, dass sie den europäischen Autobauern entgegenkommt und in den beiden Folgejahren ermöglicht, erhöhte Flottengrenzwerte auszugleichen. Damit ist das Thema eigentlich erst einmal vom Tisch.

Man hört aber immer wieder Einigkeit durch: Wir müssen uns trotzdem fortbewegen. Auch wenn die AfD es nicht wahrhaben will: Die Welt hat sich verändert. Es nutzt nichts, wenn wir weiterhin Autos mit einem Verbrennungsmotor produzieren, aber der Rest der Welt sie nicht mehr kaufen möchte. Wir haben eine Wettbewerbssituation mit China. Wir haben das ganz klar erläutert.

Letztendlich haben unsere deutschen und bayerischen Autobauer das Problem, dass die Exportzahlen zurückgegangen sind. Aber auch die Verkäufe im Inland sind zurückgegangen, weil kleine und bezahlbare Autos deutscher Autobauer auf dem europäischen und deutschen Automarkt fehlen. Das ist die zu lösende Aufgabe. Dafür braucht es Investitionen. Dafür braucht es ein Vorangehen in die Zukunft. Manche Autobauer haben sich schon ausreichend auf die neuen Grenzwerte eingestellt; andere arbeiten noch daran. Dafür hat man die Restriktionen gelockert. Wir müssen letztendlich aber auf die Flottengrenzwerte kommen.

Das ist auch wichtig für die Investitionssicherheit. Es ist wichtig für die Arbeitsplätze und auch überhaupt wichtig für die Fahrzeugindustrie in Bayern, in Deutschland und auch in ganz Europa. Wir müssen uns so verhalten, dass wir konkurrenzfähig und klimaneutral sind – all das ist fraglos nötig. Wir stellen ganz klar fest, dass wir diese Konsequenzen ziehen müssen.

Jahrelang wurden Entscheidungen zu spät oder falsch getroffen. Jetzt muss man mit Vollgas auf den Elektromotor umsteigen und voranschreiten; man darf nicht rückwärtsgehen. Man muss die emissionsfreie Mobilität über die Automobilindustrie sicherstellen. All das steht außer Frage. Man muss die Ladeinfrastruktur schaffen und die Stromnetze ausbauen. Vor allem muss man das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik stärken. Man muss aufhören, immer hin und her zu springen. Wir brauchen Zuversicht. Das sind die Themen, die wir den Menschen gemeinsam vermitteln müssen. Dieses Thema gehört auch dazu. Wir dürfen nicht mehr hin und her eiern. Ich glaube, das ist den meisten Leuten klar. Im Wirtschaftsausschuss ist der Dinglichkeitsantrag abgelehnt worden. Ebenso wird es ihm auch hier im Plenum durch uns und die anderen Fraktionen ergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächster spricht der Kollege Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dinglichkeitsantrag der AfD lautet wie folgt:

"Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf EU- und Bundesebene für einen Aufschub auf das Jahr 2027 und eine grundsätzliche Aufhebung der Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO₂-Flottengrenzwerte einzusetzen."

Hinter diesen ersten Absatz, den Aufschub bis zum Jahr 2027, können wir einen Haken setzen. Das haben wir bereits erledigt. Schauen wir mal, wie es mit den Strafzahlungen weitergeht. Die Diskussion ist aus meiner Sicht wieder eröffnet. Der zweite Absatz Ihres Dinglichkeitsantrags lautet:

"Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die CO₂-Intensität von Antriebsträngen in allen legislativen, exeku-

tiven und judikativen Zwecken nach dem Well-to-Wheel-Prinzip und über den gesamten Lebenszyklus berechnet wird."

Diesen Antrag haben Sie deckungsgleich schon zum Tagesordnungspunkt 8 gestellt. Zu diesem habe ich vorhin schon Stellung genommen. Also ist das auch schon erledigt. Es bleibt dabei: Der Dringlichkeitsantrag ist abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag ist durch das Handeln auf europäischer Ebene und durch das Handeln der Bundesregierung schon erledigt. Ich bin es leid, immer wieder Anträge von der AfD hier zu hören, mit denen implizit gesagt wird: "Wir leugnen den Klimawandel. Den Klimawandel gibt es nicht. Wir müssen in der Hinsicht gar nichts machen, weder eine Energiewende einleiten, noch den Verkehr klimaneutral machen." Sie sind so was von gestern, das gibt es gar nicht! Mehr braucht man dazu nicht zu sagen. Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zu stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nachdem ich vorhin zu Tagesordnungspunkt 7 einen Vorbehalt zur Verhängung einer Ordnungsmaßnahme formuliert habe, darf ich das, bevor ich die Sitzung schließe, auch noch zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt 8 tun; dort sind ähnliche Begrifflichkeiten gefallen. Wir werden uns das im Präsidium alles anschauen. Die Sitzung ist aber erst einmal geschlossen. Schönen Abend.

(Schluss: 17:50 Uhr)